

Umdenken bei den Landesbauvorhaben alternativlos

Klimaschutz: Gebäudesanierung statt Abriss und Neubau des Justizzentrums Köln

- Landesregierung muss Bauwende einleiten
- „Graue Emissionen“ einsparen
- Taten beim Klimaschutz überfällig

Düsseldorf. Trotz der wichtigen Vorbildfunktion öffentlicher Gebäude und der überragenden Rolle des Gebäudesektors bei der Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft vernachlässigt die schwarz-grüne Landesregierung dies bei den landeseigenen Gebäuden auf sträfliche Weise. Statt der Sanierung von Bestandsgebäuden kommt es viel zu häufig zum Abriss und Neubau. Skandalträchtiges Beispiel ist der aktuelle Fall des Justizzentrums Köln, mit 1.800 Mitarbeiter/innen größtes Justizgebäude in NRW. Obwohl in den Voruntersuchungen als auch in einem Experten-Workshop die Sanierungsfähigkeit des erst 1981 errichteten 23stöckigen Hochhauses vollumfänglich bestätigt worden war, läuft bisher die Weichenstellung auf Abriss und Neubau hinaus. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Verfahrensweise im bereits abgeschlossenen städtebaulichen Wettbewerb nahezu zwingend vorgeschrieben worden war.

Helmut Röscheisen, Bauexperte des BUND NRW: „Wir fordern von der Landesregierung NRW eine Kehrtwende, nämlich die Sanierung statt Abriss und Neubau. Das Justizzentrum Köln muss ein Leuchtturmprojekt für alle übrigen Landesgebäude und den gesamten Bausektor werden. Der vorgesehene kostenintensive Realisierungswettbewerb für Abriss und Neubau, um endgültig Tatsachen zu schaffen, ist zu stoppen.“

Gebäudesektor entscheidend für Klimaschutz

Der Gebäudesektor ist für 30 Prozent des globalen CO₂-Ausstosses, 40 Prozent des Verbrauches an Energie, 50 Prozent an Ressourcen, 70 Prozent an Flächen und für 60 Prozent des Abfallaufkommens verantwortlich. Für den Klimaschutz müssen die sogenannten grauen Emissionen, die bei der Herstellung der Baustoffe wie Beton, Stahl, Steine, deren Transport und Lagerung und beim Bauprozess entstehen, zwingend berücksichtigt werden. Bei einer Sanierung fallen gegenüber dem konventionellen Neubau deutlich weniger CO₂-Äquivalente pro Quadratmeter Nutzungsfläche und ein geringerer Materialeinsatz an.

Thomas Scheidler, Architekt und ehemals Hochschullehrer an der FH Aachen:

„Grundsätzlich ist ein Stahlbeton-Skelettbau wie beim Justizzentrum Köln für eine Sanierung, auch mit einem stark veränderten Raumprogramm, bestens geeignet. Dafür gibt es zunehmend Beispiele. In der Branche hat sich bereits der Begriff Hochhaus-Recycling durchgesetzt, Prominentes Beispiel ist der Quay-Quarter-Tower in Sydney, der im Jahr 2022 den International-High-Rise-Award erhielt.“

Jörg Frank, BUND Köln und Liegenschaftsexperte: „Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) ist der Bauherr für das Justizzentrum Köln. Limbach trägt die Verantwortung dafür, ob eine klimagerechte Sanierung eingeleitet wird oder nicht. Der gesamte Planungsprozess steht noch am Anfang. Ein Richtungswechsel ist machbar, insbesondere wenn die für Klimaschutz in der Landesregierung verantwortliche Ministerin Mona Neubaur (Grüne) und Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) dies unterstützen. Neubaur hat den Klimaschutz als eine der zentralen Aufgaben der gesamten Landesregierung bezeichnet. Daher erwarten wir, dass nun konkrete Taten folgen.“

Ansprechpartner:

Dr. Helmut Röscheisen, Bauexperte des BUND NRW, T. 0160/97 209 108, E-Mail: he.roe@netcologne.de